

**Wie
geht eine
gerechte
Rente?**

#RENTEFÜRALLE

SOZIALVERBAND

VdK

DEUTSCHLAND



Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser,

alle Generationen verdienen klare Antworten darauf, wie es mit der Rente in Deutschland weitergeht. Denn das einstige Versprechen, von der gesetzlichen Rente anständig leben zu können, scheint nicht mehr zu gelten. In der Bevölkerung schwindet das Vertrauen, dass die staatliche Alterssicherung den einmal erarbeiteten Lebensstandard sichert. 80 Prozent der Erwerbstätigen gehen davon aus, dass sie später von ihrer Rente gar nicht oder gerade so leben können.

Wir als VdK fordern: Alle Menschen müssen eine gerechte, gesetzliche Rente bekommen. Das deutsche Rentenversicherungssystem muss für die Zukunft fit gemacht werden. Und das geht! Davon sind wir als größter deutscher Sozialverband überzeugt.

#RENTEFÜRALLE lautet das Motto unserer Kampagne. Unterstützen Sie uns auf dem Weg zu einer gerechten Rente. Für alle. Heute, morgen und übermorgen.

Ihre Verena Bentele
Präsidentin
Sozialverband VdK Deutschland

PS: Noch mehr Fakten, Argumente und Hintergrundinformationen finden Sie unter **www.rentefüralle.de**.



**Wieso
zahlen
Erzieherinnen
in die Rente
ein, Beamtinnen
aber nicht?**

#RENTEFÜRALLE

Unsere Forderung: Gerechte Rente für alle Erwerbstätigen

Alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen, auch Beamte, Selbstständige und Politiker

Mehr als 37 Millionen Menschen zahlen aktuell in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Gleichzeitig gibt es aber weit über eine Million Menschen, die gar keine Beiträge für die gesetzliche Rente leisten, etwa Beamte, Politiker sowie viele Selbstständige.

Beamte beispielsweise erhalten eine deutlich höhere Altersvorsorge im Vergleich zu Angestellten. Selbst bei vergleichbarer Tätigkeit (z. B. als Lehrer) sind sie im Alter meist deutlich besser abgesichert.

Ein Beispiel: Eine Angestellte und eine Beamtin verdienen jeweils 31.872 Euro im Jahr. Die Angestellte muss 45 Jahre bis 67 arbeiten, um eine gesetzliche Rente von 1.058 Euro zu bekommen. Wenn die Beamtin 40 Jahre bis 67 arbeitet, erhält sie eine Pension von 1.902 Euro, also nahezu das Doppelte.

Weniger Arbeitsjahre für ein fast doppelt so hohes Einkommen im Alter

Angestellte

Einkommen: **2.656 €**

gesetzliche Rente ab **67**

45 Berufsjahre



1.058 €

1.902 €

Beamtin

Einkommen: **2.656 €**

Pension ab **67**

40 Dienstjahre



Wir als VdK fordern eine gerechte Rente für alle Erwerbstätigen!

Die Altersvorsorge muss gerechter für alle werden. Dazu muss die gesetzliche Rente langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden. In dieser sind neben Arbeitnehmern auch Beamte, Selbstständige, Politiker, Angehörige der freien Berufe sowie Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften versichert. Wenn alle ihren fairen Beitrag leisten, ist die Rente auch in Zukunft finanziert. Die Erwerbstätigenversicherung ist eine starke Gemeinschaft, auf die sich alle verlassen können.

Würden alle in die gesetzliche Rente einzahlen, könnte sich das Rentenniveau erstmals seit Langem wieder erhöhen und der Anstieg der Beiträge gebremst werden.

Eine aktuelle Studie zeigt, dass die Bürger diese Forderung voll und ganz unterstützen: 82 Prozent der Bevölkerung befürworten eine solche Erwerbstätigenversicherung.

**Wieso
gibt es immer
mehr Millionäre –
und immer
mehr arme
Rentner?**

#RENTEFÜRALLE

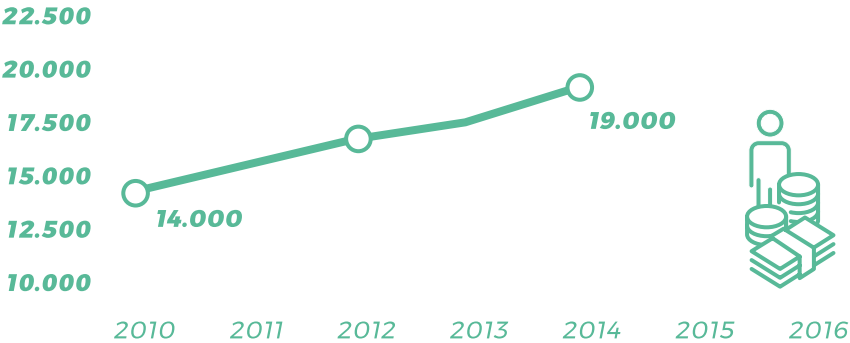
Unsere Forderung: Mehr Umverteilung

Altersarmut durch eine höhere Besteuerung von hohen Einkommen bekämpfen

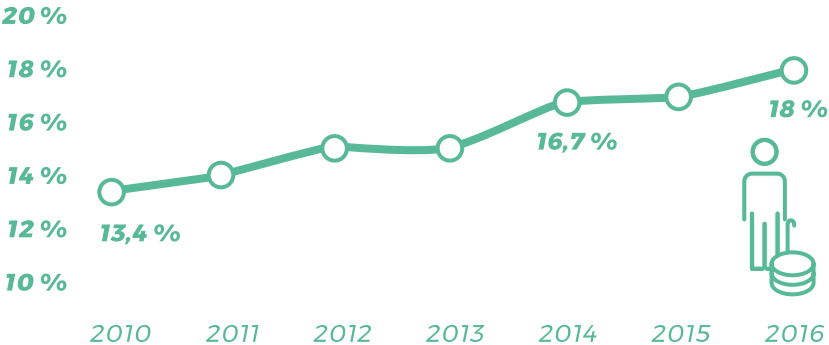
Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Seit Jahren wächst in Deutschland die Zahl der Millionäre und Milliardäre. Knapp 20.000 Menschen haben ein Jahreseinkommen von einer Million Euro und mehr. Gleichzeitig wächst die Zahl der armen Rentnerinnen und Rentner. Diese ungleiche Verteilung von Einkommen spürt auch die Bevölkerung: Laut einer aktuellen Umfrage sind rund drei Viertel der Bürger der Meinung, dass Reiche stärker besteuert werden sollten, um ärmere Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Für die Bundesregierung gilt ein Rentner nur dann als arm, wenn er auf Grundsicherung angewiesen ist. Das sind derzeit über 550.000 Menschen in Deutschland, also nur 3,2 Prozent aller deutschen Rentner. In Wahrheit sind aber viel mehr Menschen betroffen. Wir wissen aus unseren Beratungen, dass viele keine Grundsicherung beantragen, weil sie sich schämen, weil sie nicht zum Sozialamt wollen, weil sie die Bürokratie scheuen oder Angst vor Nachteilen für Kinder und Enkel haben.

Einkommensmillionäre in Deutschland



Armutsgefährdungsquote der Rentnerinnen und Rentner



Nach aktuellen Studien beträgt die Armutsdunkelziffer über 70 Prozent der Berechtigten. Das reale Ausmaß der Altersarmut lässt sich mit der „Armutsgefährdungsquote“ besser erfassen. Hier wird Armut am Haushaltseinkommen festgemacht. Wer weniger als 60 Prozent des Durchschnitts hat, gilt als armutsgefährdet. 18 Prozent der Rentner betrifft das. Laut Prognosen rutscht bis 2036 jeder fünfte Rentner unter die Armutsschwelle. Mehr und mehr Menschen werden ihre Rente mit Grundsicherung im Alter aufstocken müssen, um ihre Existenz notdürftig abzusichern. Diese Entwicklung gefährdet den sozialen Frieden im Land.

Hinzu kommt eine Steuerpolitik, die Einkommen aus Arbeit hoch und leistungsloses Einkommen niedrig besteuert. Den größten Teil des Steueraufkommens erwirtschaften die abhängig Beschäftigten der mittleren und niedrigen Einkommen mit ihren Lohn- und Verbrauchsteuern. Spitzenverdiener werden im Vergleich dazu viel weniger belastet. Wer allein von Kapitalerträgen leben kann, braucht sogar nur 25 Prozent Abgeltungsteuer zu zahlen.

Wir als VdK fordern eine aktive Bekämpfung von Altersarmut!

Kleine Renten sind das Resultat von schlecht bezahlten Jobs, Arbeitslosigkeit, Krankheiten, aber auch von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen. Wer Grundversicherung beantragt, muss seine gesetzliche Rente komplett verrechnen und hat nicht mehr in der Tasche als jemand, der nie eingezahlt hat. Das heißt, von der eigenen Rente bleibt nichts übrig. Das ist ungerecht!

Deshalb fordert der VdK, den Freibetrag von 212 Euro, wie es ihn derzeit schon für die betriebliche und private Altersvorsorge gibt, auch auf die gesetzliche Rente auszuweiten. Von einem solchen Freibetrag profitieren laut einer Studie, die der VdK in Auftrag gegeben hat, 1,8 Millionen Menschen.

Bei noch einem Punkt wird der VdK nicht lockerlassen: Denn trotz Verbesserungen bei der Mütterrente gibt es immer noch Mütter erster und zweiter Klasse. Wir als VdK fordern dieselbe Anerkennung für die wichtige gesellschaftliche Leistung der Kindererziehung, egal, ob ein Kind vor oder nach 1992 geboren wurde – also drei Rentenpunkte für jedes Kind.

Der Kampf gegen Altersarmut muss aus Steuern finanziert werden, da er eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist. Dabei müssen Menschen mit hohen Einkommen einen stärkeren Beitrag für die Allgemeinheit leisten.

Geld dafür wäre da: durch einen höheren Reichensteuersatz für Spitzeneinkommen. Das allein reicht aber nicht. Es muss endlich der Steuerflucht und Steuerhinterziehung ein Riegel vorgeschoben werden. Steuerschlupflöcher müssen gestopft und Steuersünder härter bestraft werden.



**Wieso
wird die
Rente gekürzt,
wenn man sich
kaputt
gearbeitet
hat?**

#RENTEFÜRALLE

Unsere Forderung: Gerechte Rente für alle Erwerbsgeminderten

Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente abschaffen

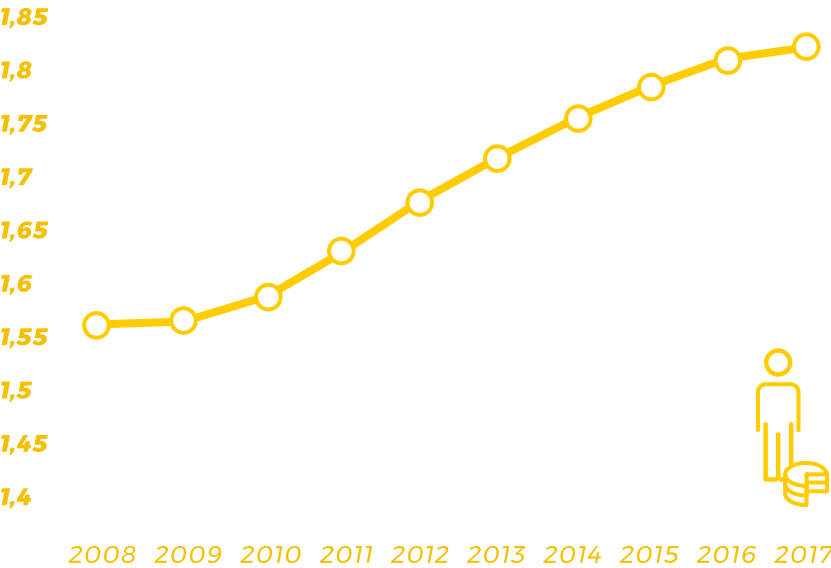
Nicht jeder schafft es, bis zum Rentenalter zu arbeiten. Wer vorher seinen Beruf aufgeben muss, weil die Gesundheit nicht mehr mitmacht, dem droht in Deutschland akute Armut: Die Betroffenen rutschen in vielen Fällen unter das Existenzminimum und müssen von Grundsicherung leben.

Viele dieser Menschen beantragen eine Erwerbsminderungsrente. In knapp der Hälfte der Fälle wird dieser Antrag jedoch abgelehnt. Aber auch diejenigen, die eine solche Rente erhalten, leben häufig in Armut. Denn die durchschnittliche volle Erwerbsminderungsrente beträgt gerade einmal rund 790 Euro.

Die Zahl der Erwerbsminderungsrentner ist seit 2008 stetig gestiegen – auf aktuell über 1,8 Millionen Menschen. Beispielsweise in der Pflege hat die psychische und physische Belastung in den letzten Jahren deutlich zugenommen, weshalb immer mehr Pflegekräfte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

Es gibt immer mehr Menschen mit Erwerbsminderung

in Mio.



Wir als VdK fordern eine verlässliche Absicherung für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können!

Die ungerechten Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten von bis zu 10,8 Prozent müssen weg!

Aktuell wird kein Unterschied gemacht, ob jemand freiwillig oder krankheitsbedingt früher in Rente geht. Die Abschläge sind in beiden Fällen gleich hoch. In den letzten Jahren wurden zwar Verbesserungen beschlossen, die zu höheren Eingangsrenten führen. Aber dies gilt nur für Menschen, die neu eine Erwerbsminderungsrente erhalten. Die bisherigen Bezieher bleiben davon ausgeschlossen und müssen weiter mit kleinen Renten leben. Deshalb fordert der VdK eine Gleichbehandlung von allen Beziehern – egal, wann diese in Erwerbsminderungsrente gehen mussten.

Damit zukünftig weniger Menschen auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesen sind, fordert der VdK bessere Arbeitsbedingungen und mehr Rehabilitation.

**Wieso
wird bei der
Rente Alt
gegen Jung
ausgespielt?**

#RENTEFÜRALLE

Unsere Forderung: Gerechte Rente für alle Generationen

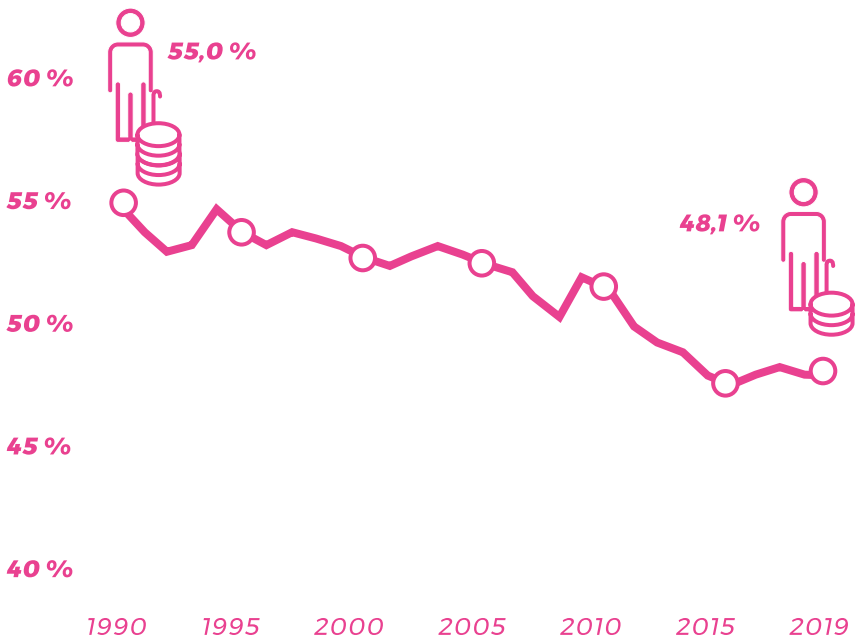
Alte und junge Menschen müssen sich auf eine gute Absicherung durch die gesetzliche Rente verlassen können.

Das Vertrauen in eine anständige gesetzliche Rente ist schwer erschüttert. Aktuelle Studien zeigen, dass drei von vier jungen Menschen zwischen 18 und 34 Jahren kein Vertrauen in die gesetzliche Rente haben. Die Gründe liegen auf der Hand: Es gibt keine langfristige Garantie für ein stabiles Rentenniveau, und regelmäßig flammt die Diskussion über eine „Rente mit 70“ auf.

Alle Generationen lehnen das eindeutig ab: So sind laut einer aktuellen Studie 86 Prozent der Bürger gegen eine weitere Senkung des Rentenniveaus und 84 Prozent gegen eine Anhebung des Renteneintrittsalters.

Fazit: Wer das Vertrauen der Jüngeren in den Sozialstaat zurückgewinnen will, muss bei der Rente anfangen.

Das Rentenniveau sinkt



Wir als VdK fordern eine gerechte Rente für alle Generationen!

Die Politik muss die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen. Der VdK fordert, dass das Rentenniveau dauerhaft bei 50 Prozent stabilisiert wird und nicht weiter sinkt. Die Renten müssen entsprechend den Löhnen steigen.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters lehnt der VdK vehement ab. Schon heute arbeitet nur eine Minderheit bis zur Regelaltersgrenze. Deshalb entspräche eine weitere Erhöhung dieser Grenze de facto einem Rentenkürzungsprogramm. Das kann nicht das Angebot der Politik an die Jugend sein.

**Wieso
werden
Renten
besteuert,
Vermögen
aber nicht?**

#RENTEFÜRALLE

Unsere Forderung: Große Vermögen besteuern

Große Vermögen besteuern, um soziale Ungleichheit einzudämmen

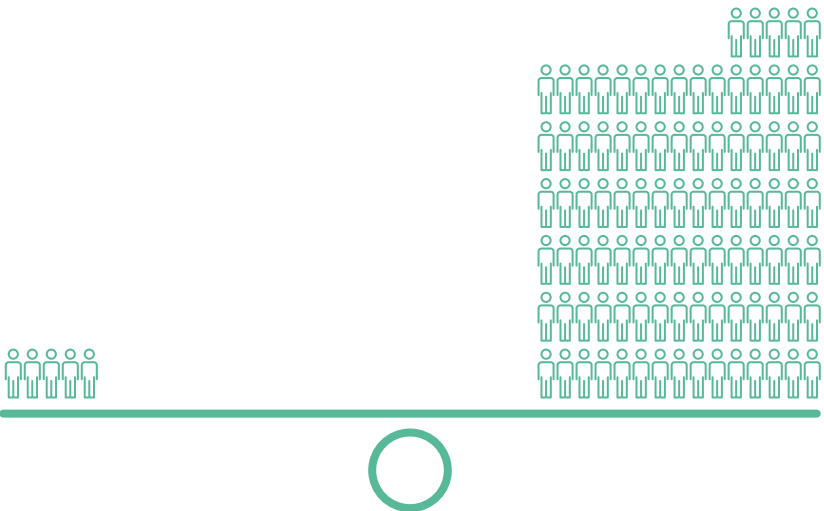
Wer eine gesetzliche Rente bezieht, muss darauf unter Umständen Einkommensteuer zahlen – wer hingegen über ein großes Vermögen verfügt, wird nicht extra zur (Steuer-)Kasse gebeten.

So entsteht in der Bevölkerung der Eindruck: Wer hat, der wird verschont. Dabei sind die Vermögen in Deutschland schon jetzt extrem ungleich verteilt: Die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die Hälfte der Bevölkerung. Den reichsten fünf Prozent gehört so viel wie den restlichen 95 Prozent.

Erbschaften und Schenkungen von Superreichen werden zwar besteuert, jedoch nicht hoch genug. Seit 1997 wird aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts zudem keine Vermögensteuer mehr in Deutschland erhoben, die es zuvor über 100 Jahre lang gab. Dabei wäre eine verfassungskonforme Besteuerung von Vermögen ohne Weiteres möglich. So könnten zehn bis 20 Milliarden Euro an Einnahmen zusammenkommen.

Hinzu kommen weitere steuerliche Ungerechtigkeiten: Während auf Güter Umsatzsteuer anfällt, ist der Handel mit Wertpapieren steuerfrei. Und Digitalkonzerne wie Amazon, Facebook oder Google erwirtschaften riesige Gewinne in Deutschland, zahlen aber keine Umsatzsteuer, da sie ihren Unternehmenssitz im Ausland haben.

Fünf Prozent besitzen genauso viel wie 95 Prozent der Bevölkerung



Wir als VdK fordern im Kampf gegen soziale Ungleichheit eine Steuerpolitik, die Vermögende stärker in die Pflicht nimmt!

- **Vermögenssteuer verfassungskonform neu einführen:**
Ein Steuersatz von ein bis zwei Prozent würde die Vermögen nicht übermäßig belasten, aber hohe Einnahmen erzielen.
- **Erbschaften und Schenkungen stärker besteuern:**
Oberhalb hoher Freibeträge müssen alle Vermögensarten besteuert werden, ohne eine Vorzugsbehandlung etwa von Betriebsvermögen.
- **Finanztransaktionssteuer einführen:**
Wir brauchen eine europaweite Steuer auf Finanzgeschäfte, ähnlich der bis 1991 bestehenden Börsenumsatzsteuer.
- **Digitalsteuer einführen:**
Die Umsätze von digitalen Unternehmen müssen in Deutschland besteuert werden. Es kann nicht sein, dass der Mittelstand Steuern zahlen muss, während internationale Digitalkonzerne nicht zur Kasse gebeten werden.

**Wieso
gibt es
Altersarmut
nach einem
Leben voller
Arbeit?**

#RENTEFÜRALLE

Unsere Forderung: Gerechte Rente für alle Geringverdiener

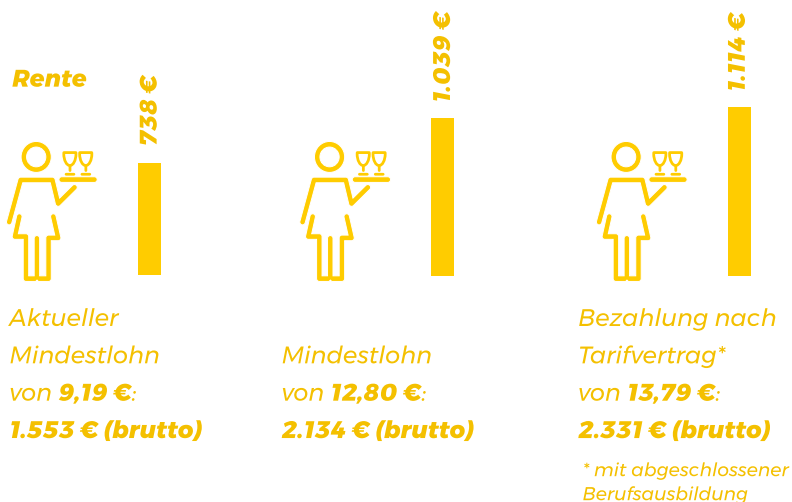
Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss auf eine ausreichende gesetzliche Rente vertrauen können.

Es gibt Millionen von ihnen in Deutschland: Menschen, die trotz lebenslanger Arbeit von ihrer Rente im Alter nicht leben können. Aus dem Arbeitsleben fallen sie direkt in die Altersarmut. Für die Betroffenen ist das fatal, weil Ältere ihr Einkommen häufig nicht mehr aufbessern können und daher meist nicht wieder aus der Armut herausfinden.

Dass Geringverdiener, die ein Leben lang hart gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, im Alter zum Sozialamt gehen müssen, ist ein Armutszeugnis für den Sozialstaat. Diese Menschen haben eine angemessene Rente verdient. Diesen Respekt vor Lebensleistung ist die Politik den Menschen schuldig.

Geringer Verdienst – geringe Rente

Verdienst und Rente einer Kellnerin aus Tübingen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden und Berufseinstieg mit 20 Jahren:



Wir als VdK fordern eine Renten- und Arbeitsmarktpolitik, die Altersarmut verhindert!

Dazu muss die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und Arbeit fair entlohnt werden, damit die Rente später reicht:

- **Aufwertung geringer Renten:**

Auch Geringverdiener, die ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, müssen von ihrer Rente leben können. Wer 40 Jahre auf dem Niveau des Mindestlohns voll gearbeitet hat, kommt derzeit auf eine monatliche Rente von 512,48 Euro. Mit einer Aufwertung, beispielsweise durch eine neu einzuführende Grundrente, wären es 960,90 Euro.

- **Mindestlohn auf über 12 Euro erhöhen:**

Damit eine Rente oberhalb des Existenzminimums möglich ist, muss der Mindestlohn auf mindestens 12,80 Euro steigen.

- **Tarifbindung stärken:**

Tarifgebundene Arbeitnehmer zahlen im Schnitt 18 Prozent mehr in die Rentenkasse ein als nicht tarifgebundene Beschäftigte, da sie entsprechend mehr Gehalt erhalten. Deshalb müssen mehr Unternehmen nach Tarif bezahlen. Dafür muss der Staat Anreize schaffen und beispielsweise öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben.

- **Minijobs, Zeit- und Leiharbeit begrenzen:**

Jobs im Niedriglohnbereich erhöhen das Risiko, in Altersarmut zu geraten, weil nur geringe Rentenansprüche erworben werden. Stattdessen braucht es mehr reguläre, gut bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen.



**Wer
soll das
bezahlen?**

#RENTEFÜRALLE

Unsere Forderung: Eine gerechte Finanzierung der Rente

Die gesetzliche Rente muss zukunftsfest werden.

#1 Es ist gerecht, versicherungsfremde Leistungen durch alle Steuerzahler zu finanzieren. Dazu gehören beispielsweise die Mütterrente oder die abschlagsfreie Rente mit 63. Dies würde die Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung um schätzungsweise 20,5 Milliarden Euro pro Jahr senken.

#2 Es ist gerecht, dass alle Erwerbstätigen in eine gemeinsame Rentenkasse einzahlen. Durch eine Erwerbstätigenversicherung hätte die Deutsche Rentenversicherung höhere Einnahmen – das Rentenniveau würde stabilisiert.

#3 Es ist gerecht, Betriebe mit hohen Gewinnen und wenigen Mitarbeitern stärker an der Finanzierung der Rente zu beteiligen. Wer Mitarbeiter durch Roboter und künstliche Intelligenz ersetzt, muss trotzdem Rentenversicherungsbeiträge bezahlen.

Eine gerechte Rente ist für alle und muss daher von allen finanziert werden.

- #1** *Es ist gerecht, Steuerflucht und Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben. Jährlich entgehen dem deutschen Steuerhaushalt durch Steuerhinterziehung rund 125 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.*
- #2** *Es ist gerecht, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Je nach konkreter Ausgestaltung wären Steuermehreinnahmen in Höhe von zehn bis 20 Milliarden Euro möglich.*
- #3** *Es ist gerecht, Finanztransaktionen zu besteuern. Durch die Einführung einer möglichst europaweiten Finanztransaktionssteuer (0,1 Prozent auf Wertpapiere und 0,01 Prozent auf Derivate) können in Deutschland steuerliche Mehreinnahmen in Höhe von 18 bis 44 Milliarden Euro erreicht werden.*
- #4** *Es ist gerecht, digitale Unternehmen zu besteuern. Eine Digitalsteuer würde in Europa Einnahmen in Höhe von drei bis fünf Milliarden Euro bringen.*

- #5** *Es ist gerecht, Erbschaften und Schenkungen von Superreichen oberhalb hoher Freibeträge stärker zu besteuern. Privat genutztes Wohneigentum wie das Einfamilienhaus muss davon ausgenommen bleiben.*
- #6** *Es ist gerecht, sehr hohe Einkommen stärker zu besteuern. Der Reichensteuersatz von 45 Prozent muss weiter angehoben werden.*
- #7** *Es ist gerecht, Gewinne an der Börse wie Einkommen zu versteuern. Deshalb gilt es, die Abgeltungssteuer abzuschaffen und Aktiengewinne wie Erwerbseinkommen zu besteuern.*

Unsere Quellen (Stand der Online-Abrufe: 01.04.2019)

Aktion Demokratische Gemeinschaft e. V. (2019): Jährliche versicherungsfremde Leistungen seit 1957. Abrufbar unter: www.adg-ev.de.

Bach, S.; Beznoska, M.; Thiemann, A. (2016): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiedererhebung der Vermögensteuer in Deutschland. DIW Politikberatung kompakt 108. Abrufbar unter: www.diw.de.

Bach, S.; Thiemann, A.; Zucco, A. (2018): Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution. DIW Discussion Paper 1717. Abrufbar unter: www.diw.de.

Bertelsmann Stiftung (2018): Entwicklung der Altersarmut bis 2036: Trends, Risikogruppen und Politiksznarien. Abrufbar unter: www.bertelsmann-stiftung.de.

Das Erste (2016): Gesetzliche Rentenversicherung für alle? Abrufbar unter: <http://rente.monitor.de>.

Deutsche Rentenversicherung (2018): Erwerbsminderungsrenten im Zeitablauf 2018. Abrufbar unter: www.deutsche-rentenversicherung.de.

Deutsche Rentenversicherung (2018): Rentenversicherung in Zahlen 2018. Abrufbar unter: www.deutsche-rentenversicherung.de.

Deutsche Rentenversicherung (2018): Rentenversicherung in Zeitreihen. Sonderausgabe der DRV. Abrufbar unter: www.deutsche-rentenversicherung.de.

Deutscher Bundestag (2018): Bedeutung und Ausmaß der Steuervermeidung anhand von Steuervermeidungsmodellen: In Abgrenzung zur Steuerhinterziehung. Abrufbar unter: www.bundestag.de.

Deutscher Bundestag (2019): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 11. Februar 2019 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Drucksache 19/7797.

Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): DGB-Index Gute Arbeit: Der Report 2018. Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland beurteilen. Abrufbar unter: <https://index-gute-arbeit.dgb.de>.

Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit. Abrufbar unter: <https://index-gute-arbeit.dgb.de>.

Ehrentraut, O.; Moog, S. (2017): Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung: Möglichkeiten und Grenzen ausgewählter Reformvorschläge. Hans Böckler Stiftung Study 345. Abrufbar unter: www.boeckler.de.

Gehaltsvergleich (2019): Erzieher-Gehalt bundesweit. Abrufbar unter: www.gehaltsvergleich.com.

Ifo-Institut (2018): Die Besteuerung der Digitalwirtschaft: Zu den ökonomischen und fiskalischen Auswirkungen der EU-Digitalsteuer. Ifo-Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern. Abrufbar unter: www.cesifo-group.de.

IG Metall (2016): Junge Generation und gesetzliche Rente: Pessimismus und Perspektiven: Eine Analyse der IG Metall basierend auf repräsentativen Befragungsdaten von TNS Infratest. Abrufbar unter: www.mehr-rente-mehr-zukunft.de.

Presseportal (2018): ZDF-Politbarometer August II 2018. Abrufbar unter: www.presseportal.de.

Schäfer, D. (2015): Fiskalische und ökonomische Auswirkungen einer eingeschränkten Finanztransaktionssteuer. Gutachten im Auftrag der SPD-Fraktion. Abrufbar unter: www.spdfraktion.de.

SPD-Bundestagsfraktion (2019): So soll die Grundrente funktionieren. Abrufbar unter: www.spdfraktion.de.

Statistisches Bundesamt (2017): Verdienste auf einen Blick. Abrufbar unter: www.destatis.de.

Statistisches Bundesamt (2018): Finanzen und Steuern. Lohn- und Einkommensteuer. Fachserie 14 Reihe 7.1. Abrufbar unter: www.destatis.de.

Statistisches Bundesamt (2019): Armutsgefährdungsquote (monetäre Armut) nach Sozialleistungen in Deutschland nach dem überwiegenden Erwerbsstatus im Vorjahr und dem Bildungsstand. Abrufbar unter: www.destatis.de.

Unger, B. (2012): Steuerhinterziehung kostet 100 Milliarden. In: Magazin Mitbestimmung 10. Abrufbar unter: www.boeckler.de.

Über uns

Der Sozialverband VdK ist der größte Sozialverband in Deutschland. Mit unseren zwei Millionen Mitgliedern kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit. VdK-Mitglieder profitieren von unserer kompetenten Beratung im Sozialrecht. Wir vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik – für einen starken Sozialstaat.

Impressum

Herausgeber:

Sozialverband VdK Deutschland e. V.

Linienstraße 131, 10115 Berlin

Telefon: 030/9210 580-400

Telefax: 030/9210 580-410

E-Mail: presse@vdk.de

Internet: www.vdk.de

V. i. S. d. P.: Bastian Brackelmann

Gestaltung:

neues handeln AG

www.vdk.de